



**An die  
Mitglieder des Kreistages**

Nachrichtlich:  
Erster Kreisrat  
Kreisrätin  
Gleichstellungsbeauftragte  
Pressestelle  
Personalrat

**Büro Landrat**

Sigrid Ruth  
Auf dem Michaeliskloster 4  
Gebäude 1, Eingang A, Zimmer 18  
Telefon: 04131 26-1532  
Telefax: 04131 26-2532  
sigrid.ruth@landkreis.lueneburg.de

**15.05.2014**

## Protokoll

### Kreistag

---

Sitzungstermin:	Montag, 17.03.2014
Sitzungsdauer:	14:00 bis 17:15 Uhr
Sitzungsort:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich

---

Gesehen und bestätigt durch:

Kreistagsvorsitzender Heinz Fricke

Landrat Manfred Nahrstedt

Fachdienstleiterin Sigrid Ruth

Protokollführerin Anna Horn

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt. Die Unterschriften befinden sich auf dem gedruckten Exemplar der Kreisverwaltung.

**Anwesenheitsliste:**

<b>Name, Fraktion bzw. Funktion</b>	<b>In Vertretung bzw. Teilnahme von ... bis ...</b>
Nahrstedt, Manfred - Landrat	
Aden-Meyer, Antje - Grüne	
Bahlburg, Andreas - CDU	
Bauschke, Tanja - Grüne	
Blume, Alexander - CDU	
Bollmann, Peter - Grüne	
Prof. Dr. Bonin, Hinrich - SPD	
Brockmann-Wittich, Stefi - Grüne	
Dammann, Günter - CDU	
Dieckmann-Kirks, Melanie - Grüne	
Dittmers, Rainer - SPD	
Dubber, Günter - CDU	
Dziuba-Busch, Ingrid - CDU	
Fricke, Heinz - SPD	
Führinger, Hans-Georg - CDU	
Gödecke, Martin - Die Unabhängigen	
Gollers, Dagmar - Grüne	
Gründel, Achim - SPD	
Hein, Bernd - SPD	
Heuer, Harald - CDU	
Hoffmann, Matthias - SPD	ab 15.25 Uhr (TOP 15)
Hövermann, Jürgen - CDU	
Hublitz, Dieter - CDU	
Jaschke, Bernd - Die Linke	
Kamp, Franz-Josef - SPD	
Dr. Kämpny, Niels - FDP	
Kastens, Wilhelm - CDU	
Köhlbrandt, Andreas - SPD	
Kork, Annette - CDU	
Kruse-Runge, Petra - Grüne	
Marten, Wolfgang - SPD	
Mertz, Brigitte - SPD	
Meyn, Herbert - SPD	
Minks, Stefan - SPD	
Mues, Stefan - Die Unabhängigen	
Neumann, Birgit - SPD	
Niemann, Holger - UWL/Bündnis Rechte	
Perschel, Meinhard - CDU	

Plaschka, Gisela - FDP	
Rehfeldt, Rolf - Grüne	
Rowohlt, Peter - SPD	
Salewski, Klaus-Dieter - SPD	
Schellmann, Birte - FDP	
Schmidt, Inge - CDU	
Schröder-Ehlers, Andrea - SPD	
Schultz, Jens-Peter - SPD	
Schulz-Hendel, Detlev - Grüne	
Stange, Elke - SPD	
Stilke, Bernhard - Grüne	
Stoll, Frank - Die Linke	
Thielbörger, Renate - SPD	
Thiemann, Norbert - CDU	
Tiedemann, Evelin - CDU	
Wald, Bernd - RRP	
Waldau, Jan - CDU	
Walter, Ulrike - CDU	
Ziemer, Nicole - SPD	
Bartels, Elena - Verwaltung	Volontärin
Bechtloff, Janna - Verwaltung	Anwärtlerin
Horn, Anna - Verwaltung	Protokollführerin
Krumböhmer, Jürgen - Erster Kreisrat	
Noweck, Frauke - Verwaltung	Pressesprecherin
Ruth, Sigrid - Verwaltung	Leiterin Büro Landrat
Scherf, Monika - Kreisrätin	
Ullmann, Christine - Gleichstellungsbeauftragte	Gleichstellungsbeauftragte

## Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung
2. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 16.12.2013
5. Mitgliedschaft im Kreistag
  - a) Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Birte Schellmann
  - b) Verpflichtung von Dr. Niels Kämpny sowie PflichtenbelehrungVorlage: 2014/059
6. Umbesetzung in Ausschüssen, Aufsichtsräten und sonstigen Stellen  
Vorlage: 2014/057
7. Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 8.000.000 Euro aus den Kreditermächtigungen 2012 und 2013  
Vorlage: 2013/295
8. Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Lüneburg und der GfA Lüneburg gkAöR  
Vorlage: 2014/004
9. Beitritt zur Hochwasserpartnerschaft Elbe  
Vorlage: 2014/022
10. Gründung eines Fördervereins 'Allianz für den Elbe - Seitenkanal e. V.'; Landkreis Lüneburg als Gründungsmitglied  
Vorlage: 2014/047
11. Satzung zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß §§ 23, 24 SGB VIII  
Vorlage: 2014/040
12. Sanierungsarbeiten am Theater Lüneburg  
Vorlage: 2014/053
13. Annahme von Spenden, Schenkungen und sonstigen Zuwendungen im Wert von über 2.000 Euro, die bis zum 27.01.2014 angeboten worden sind  
Vorlage: 2014/031

14. Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 21.10.2013 (Eingang: 21.10.2013);  
Ausschreibung eines Schülerhaushaltes - Kinder und Jugendliche wirksam beteiligen.  
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 04.02.2014)  
Vorlage: 2013/262
15. Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 02.12.2013 (Eingang: 02.12.2013);  
Änderungsantrag der Gruppe SPD und Grüne vom 25.02.2014 (Eingang: 25.02.2014);  
Resolution: Förderschulen mit Schwerpunkt Sprache/Sprachheilklassen in Niedersachsen  
nicht abschaffen/Wahlmöglichkeit für die Eltern erhalten  
(im Stand der 2. Aktualisierung vom 25.02.2014)  
Vorlage: 2013/291
16. Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 28.02.14 (Eingang: 03.03.14);  
Änderungsantrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 13.03.2014 (Eingang: 17.03.2014);  
Zusammenarbeit mit dem ProAktivCenter  
Vorlage: 2014/062
17. Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 01.03.14 (Eingang: 03.03.14);  
Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Wolfes und Restmitteleinsatz aus dem  
Strukturentwicklungsfonds  
Vorlage: 2014/063
18. Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 03.03.14 (Eingang: 03.03.14);  
Erstellung eines Inklusionskonzeptes für den Landkreis Lüneburg als Schulträger-  
Aufstellung der Eckpunkte durch Einsatz einer Fachgruppe  
Vorlage: 2014/064
19. Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 03.03.14 (Eingang: 03.03.14);  
Schulentwicklungskonzept für den Landkreis Lüneburg  
Vorlage: 2014/065
20. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
- 20.1. Haushalt 2014
- 20.2. Hochwasser; Zusammenarbeit mit dem Landeskommmando Niedersachsen der Bundeswehr
21. Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung
22. Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3) Geschäftsordnung
- 22.1. Hochwasser

22.2. Breitbandversorgung

23. Nichtöffentlich

24. Nichtöffentlich

25. Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der Sitzung

**Protokoll:**

(öffentlich)

**TOP-Nr. 1      Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung**

**Vors. Fricke** fragt, ob jemand aus den Reihen der Zuhörerinnen und Zuhörer zur Einwohnerfragestunde Fragen an den Landrat richten möchte. Es werden keine Fragen gestellt.

---

**TOP-Nr. 2      Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vors. Fricke** eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Dem Kreistag gehören 59 Mitglieder an. Nachfolgend die Teilnehmerzahlen zum Zeitpunkt der Eröffnung der Sitzung:

Landrat	1
CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion	18 Mitglieder
SPD-Fraktion	19 Mitglieder
Grüne-Fraktion	10 Mitglieder
FDP-Fraktion	2 Mitglieder
Die Unabhängigen	2 Mitglieder
Die Linke	2 Mitglieder
KTA Niemann	<u>1 Mitglied</u>
Insgesamt	<u>55 Mitglieder</u>

Damit ist die Beschlussfähigkeit des Kreistages gegeben.

---

**LR Nahrstedt** gratuliert KTA Detlev Schulz-Hendel zu seinem 10-jährigen Kreistagsjubiläum. Am 13. März 1994 wurde er zum ersten Mal Mitglied im Kreistag. Ab 2001 pausierte er und gehörte seit dem 01.11.2011 wieder dem Kreistag an. Als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Partnerschaft und Kultur gehöre KTA Schulz-Hendel unter anderem dem Kuratorium Kulturförderpreis an und setze sich für junge Talente aus Kunst, Theater und Musik ein. Zudem sei er Mitglied im Sport – und dem Jugendhilfeausschuss. Die Kulturregion des Landkreises Lüneburg liege ihm besonders am Herzen. Im Namen des Kreistages dankt LR Nahrstedt ihm für die zum Wohle des Landkreises Lüneburg und seiner Bürgerinnen und Bürger geleistete Arbeit.

-01-

---

**TOP-Nr. 3      Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird festgestellt.

---

## **TOP-Nr. 4      Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 16.12.2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Das Protokoll wird in Form und Inhalt genehmigt.

---

## **TOP-Nr. 5      Mitgliedschaft im Kreistag**

**a) Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Birte Schellmann**

**b) Verpflichtung von Dr. Niels Kämpny sowie Pflichtenbelehrung**

**Vorlage: 2014/059**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Sitzverlust der Kreistagsabgeordneten Birte Schellmann wird gemäß § 52 Abs. (2) NKomVG aufgrund ihrer Verzichtserklärung gemäß § 52 Abs. (1) NKomVG festgestellt.

Im Anschluss wurde der Nachfolger Dr. Niels Kämpny gemäß § 60 NKomVG durch den Landrat verpflichtet und gemäß § 54 NKomVG i.V.m. § 43 NKomVG auf die ihm nach den §§ 40 bis 42 NKomVG obliegenden Pflichten hingewiesen.

**KTA Schellmann** erläutert die Hintergründe zur Niederlegung ihres Mandats. Das Kreistagsmandat sei mit einer großen Verantwortung verbunden und das Doppelmandat im Rat der Hansestadt Lüneburg und im Kreistag des Landkreises Lüneburg sei im Laufe der Zeit für sie immer belastender geworden. Im Stadtrat sei sie zudem einziges Ratsmitglied der FDP und habe damit niemanden, der sie bei Abwesenheit vertreten könne. Da es immer öfter zu Terminüberschneidungen der Hansestadt und des Landkreises kam und eine Wahrnehmung aller Termine immer schwieriger wurde, sei sie zum dem Schluss gelangt, dass dies unvereinbar mit dem Kreistagsmandat sei.

Die Arbeit im Kreistag habe ihr im Rahmen gerade auch des Regionalen Raumordnungsprogrammes sehr viel Zeit abverlangt, besonders wegen der vielen Bürgerinitiativen vor Ort, aber das habe ihr auch besonders viel Freude durch den Bürgerkontakt bereitet. Für die sachliche Zusammenarbeit danke sie KRin Scherf. Ihre gesamte Zeit als Mitglied des Kreistages habe ihr viel Freude bereitet und sie richtet ihr Lob an die Verwaltung. Sie bedanke sich bei allen, an der Spitze LR Nahrstedt, für die gute Zusammenarbeit und den sympathischen Stil. Der Mehrheitsgruppe würde sie allerdings mehr Gelassenheit und Großzügigkeit wünschen. Sie richte ihre Kritik an die häufigen Änderungsanträge der Mehrheitsgruppe zu den Anträgen der Gegenseite. Diese hätten sich manches Mal nur in Nuancen unterschieden und seien häufig nicht notwendig. Ihrem Nachfolger Herrn Dr. Kämpny wünsche sie viel Freude und eine glückliche Hand bei der Tätigkeit im Kreistag.

**LR Nahrstedt** bedauert die Entscheidung von KTA Schellmann. Die Entscheidung sei jedoch ehrlich und verantwortungsbewusst gegenüber den Wählerinnen und Wählern und er bedankt sich bei ihr für das langjährige Engagement im Kreistag. Sie habe sich im Kreistag und in den Ausschüssen stets für eine

bürgernahe Politik eingesetzt. Dabei habe sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im gesamten Landkreis im Blick gehabt. Sie habe sich nie gescheut, bei Verständnisschwierigkeiten nachzufragen oder Anregungen zu geben, was sehr sympathisch sei. Die Zusammenarbeit mit KTA Schellmann habe ihm trotz mancher Meinungsverschiedenheiten viel Freude bereitet. LR Nahrstedt bedankt sich mit einem Blumenstrauß für die ehrenamtliche politische Arbeit.

**KTA Plaschka** bedankt sich im Namen der Gruppe FDP/Die Unabhängigen für die charmante, nette und hilfreiche Zusammenarbeit mit Frau Schellmann. Sie könne die getroffene Entscheidung nachvollziehen und finde dies konsequent. Auch sie übergibt KTA Schellmann einen Blumenstrauß und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

**LR Nahrstedt** verpflichtet KTA Schellmanns Nachfolger Herrn Dr. Niels Kämpny und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit.

-01-

---

**TOP-Nr. 6      Umbesetzung in Ausschüssen, Aufsichtsräten und sonstigen Stellen**  
**Vorlage: 2014/057**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Folgende Umbesetzungen werden durch den Kreistag festgestellt:

1. Umbesetzung im Schulausschuss für allgemein- und berufsbildende Schulen gemäß § 110 Niedersächsisches Schulgesetz:  
Thomas Perczynski scheidet als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Schulausschuss für allgemein- und berufsbildende Schulen aus.  
Ein Nachfolger wird noch nicht benannt.
2. Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss gemäß § 3 der Satzung für das Jugendamt:  
Sören Voß scheidet als beratendes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss aus.  
Nachfolgerin ist Judith Lademacher.  
Carola Buchmann scheidet als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied aus dem Jugendhilfeausschuss aus.  
Ein Nachfolger wird noch nicht benannt.
3. Birte Schellmann scheidet aufgrund des Sitzverlustes aus folgenden Ausschüssen aus:  
Als ordentliches Mitglied:  
Ausschuss für Erneuerbare Energien, Raumordnung und Klimafolgenanpassung  
Ausschuss für Hochbau und Energiesparmaßnahmen  
Ausschuss für Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV  
Alten und Pflegekonferenz  
Grundsatzausschuss Energie  
  
Als stellvertretendes Mitglied:  
Aufsichtsrat Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Hansestadt und Landkreis Lüneburg  
Integrationsbeirat für Hansestadt und Landkreis Lüneburg  
Schulgrundsatzausschuss

Nachfolger ist Dr. Niels Kämpny.

---

**TOP-Nr. 7      Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 8.000.000 Euro aus den Kreditermächtigungen 2012 und 2013  
Vorlage: 2013/295**

Der Kreistag nimmt Kenntnis.

---

**TOP-Nr. 8      Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Lüneburg und der GfA Lüneburg gkAÖR  
Vorlage: 2014/004**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der in der Anlage zur Vorlage befindlichen Verwaltungsvereinbarung über die Personalgestellung für die Durchführung der Vollstreckung bei der Vollstreckung der öffentlich-rechtlichen Geldforderungen der Gesellschaft für Abfallwirtschaft gkAÖR wird zugestimmt, der Beschluss des Kreistages vom 04.03.2013 ist damit insoweit gegenstandslos.

---

**TOP-Nr. 9      Beitritt zur Hochwasserpartnerschaft Elbe  
Vorlage: 2014/022**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Landkreis Lüneburg tritt der Hochwasserpartnerschaft Elbe bei.

Diskussionsverlauf:

**LR Nahrstedt** erläutert den beabsichtigten Beitritt zur Hochwasserpartnerschaft Elbe. Diese Partnerschaft wurde 2007 gegründet und es seien bislang nur Kommunen Mitglied. Die Mitgliedschaft sei der Wunsch aller Elbgemeinden und auch andere Landkreise treten bei. Diese Partnerschaft diene dem Informationsaustausch und der gegenseitigen Unterstützung und fungiere als Sprachrohr kommunaler

Interessen auf höherer Ebene. Er bitte daher um Zustimmung.

**KTA Thiemann** bezeichnet den Beitritt als gute Entscheidung, denn Hochwasser machen an Ländergrenzen keinen Halt. Dieses Bündnis helfe, sich mit anderen betroffenen Kommunen über Kreisgrenzen hinweg zu vernetzen und daher stimme die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion dem Beitritt zu.

**KTA Plaschka** führt aus, dass sie die Mitgliedschaft befürworte. Dies sei eine sinnvolle Hochwasserpartnerschaft und überfällig. Die Gruppe FDP/Die Unabhängigen stimme gerne zu.

**KTA Ziemer** schließt sich ihrer Vorrednerin und ihren Vorrednern an und verkündet, dass auch die Gruppe SPD und Grüne selbstverständlich zustimme.

-61-

---

**TOP-Nr. 10      Gründung eines Fördervereins 'Allianz für den Elbe - Seitenkanal e. V.' ; Landkreis Lüneburg als Gründungsmitglied  
Vorlage: 2014/047**

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Landkreis Lüneburg wird Gründungsmitglied des neu zu gründenden Vereins „Allianz für den Elbe – Seitenkanal e. V.“ gemäß Entwurf der Satzung mit Beitragsordnung.

Diskussionsverlauf:

**LR Nahrstedt** erläutert die Vorlage. Am 29.10.2013 fand eine Fachtagung zum Güterverkehr statt. Verkehrsprognosen gehen davon aus, dass bis 2025 79% mehr Güterverkehr vorhanden sein werde. Er sei froh, dass nun Landes- und Bundesregierung den Umwelt- und Klimaschutz durch den Ausbau von Schienen- und Binnenwasserstraßen stärken wollen. Die IHK habe ihn angeschrieben mit der Bitte um Mitteilung, ob der Landkreis bereit wäre, den Verein „Allianz für den Elbe-Seitenkanal“ mitzugründen. Zweck des Vereins sei die Erhöhung der verkehrsinfrastrukturellen Leistungsfähigkeit des Elbe-Seitenkanals, insbesondere durch den Bau eines Abstiegsbauwerks in Scharnebeck. Er bitte um Zustimmung.

**KTA Führinger** begrüßt im Namen der Fraktion CDU/Bündnis 21 RRP die Initiative der IHK, den Elbe-Seitenkanal weiterhin attraktiv zu machen. Gute verkehrliche Anbindungen habe die Wirtschaft schon immer „beflügelt“. Dies gelte nicht nur für den Ausbau der Wasserwege, sondern auch für die gute Überquerung der Wasserwege. Er stimme der Vorlage zu.

**KTA Salewski** führt im Namen der Gruppe SPD und Grüne aus, dass diese den Beitritt zum Förderverein unterstütze. Es sei wichtig, alle Kräfte zu bündeln.

**KTA Stoll** äußert sich skeptisch zum Beitritt. 2012 stellte seine Fraktion ebenfalls einen Antrag auf Mitgliedschaft in einem Förderverein. Der Landrat vertrat damals die Meinung, dass der Landkreis sich seine Neutralität bewahren sollte und KTA Kamp stellte die Frage, ob der Landkreis überhaupt Mitglied in einem Verein sein könne. Er sehe den Unterschied nicht und er kündigt die Enthaltung seiner Fraktion an.

**KTA Gödecke** erklärt, dass die Gruppe FDP/Die Unabhängigen zustimmen werde. Er bedauert, dass die Landes- und Bundesebene der kommunalen Ebene wenig Gehör schenke und ein zusätzliches Sprachrohr in Form dieses Vereins notwendig sei.

**KTA Plaschka** möchte wissen, wie der weitere Ablauf aussehe.

**LR Nahrstedt** antwortet, dass insgesamt sieben Partner unterschreiben müssen und der Verein dann in das Vereinsregister eingetragen werde. Dies soll noch vor den Sommerferien erfolgen.

-01.50-

---

**TOP-Nr. 11      Satzung zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß §§ 23, 24 SGB VIII**  
**Vorlage: 2014/040**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Dem vorgelegten Entwurf für eine Neufassung der Satzung zur Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß §§ 23, 24 SGB VIII wird zugestimmt.

Diskussionsverlauf:

**Ltd. KVD Wiese** erläutert die Vorlage. Die Neufassung der Satzung hänge insbesondere auch damit zusammen, dass die Regelungsumfänge viel mehr Sachverhalte umfassen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Dies hänge mit dem Rechtsanspruch der Unter-Dreijährigen-Betreuung seit dem 01.08.2013 zusammen. Deshalb haben die Landkreise im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg eine neue Satzung entwickelt. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es aktuelle Rechtsprechungen dazu gebe, wie hoch das Tagespflegegeld sein müsse. Für die das Entgelt der Tagespflegepersonen wurden 3,90 Euro pro Stunde neu festgesetzt, zuvor lag das Entgelt bei 3,60 Euro. Er bittet um Zustimmung.

**KTA Ziemer** verkündet, dass die Gruppe SPD und Grüne zustimmen werde. Es gab Anfang 2009 eine Gesetzesänderung. Bis Dezember 2008 waren Geldleistungen der öffentlichen Jugendhilfeträger steuerfrei, wenn die Kindertagespflege auf Dauer ausgelegt war und nicht erwerbsmäßig betrieben wurde. Man konnte davon ausgehen, dass die Kindertagespflege nicht gewerbsmäßig betrieben wurde, wenn regelmäßig nicht mehr als fünf Kinder betreut wurden. Seit Januar 2009 sei dies nicht mehr so gewesen. Nun müsse auch eine Tagespflegeperson eine Gewinnermittlung durchführen und der Gewinn sei zu versteuern. Der Gesetzgeber habe eine Pauschale von 300 Euro pro Kind und Monat eingeräumt, die von dem Gewinn abgezogen werden könne. Man gehe davon aus, dass alle für das Kind aufgewendeten Leistungen abgedeckt werden. Gehe man von 3,90 Euro aus und betreue ein Kind ganztags acht Stunden, so komme die Tagesmutter am Tag auf 31,20 Euro. Wenn man das mit den durchschnittlichen Arbeitstagen eines Monats, 21, multipliziere, komme man zu einem Ergebnis von 655,20 Euro. Die bekommt eine Tagesmutter pro Kind im Monat. Ziehe man davon den 300 Euro Pauschalbetrag ab, verbleiben 355 Euro. Dieses entspreche 54 % zu 46 % und sei die gesetzliche Vorgabe. Sie spreche sich für die Verabschiedung der Satzung aus.

**KTA Perschel** stimmt im Namen der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion ebenfalls zu. Man sei durch das Gerichtsurteil aus 2011 zum Handeln gezwungen und nur, wenn man sich an diesem Urteil ausrichte, sei man auf der rechtlich sicheren Seite. Er hoffe auf breite Zustimmung.

-51-

---

## **TOP-Nr. 12      Sanierungsarbeiten am Theater Lüneburg** **Vorlage: 2014/053**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### Beschluss:

Der Landkreis erteilt gemeinsam mit der Hansestadt Lüneburg eine Folgekostenerklärung, mit der dem Zuwendungsgeber versichert wird, dass der Theaterbetrieb langfristig gesichert ist.

### Diskussionsverlauf:

**Vors. Fricke** übergibt für diesen Tagesordnungspunkt den Vorsitz an den stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden KTA Dittmers.

**Ltd. KVD Wiese** erläutert die Vorlage und die Aktualisierung und bittet um Zustimmung zur Folgekostenerklärung, damit der Theaterbetrieb langfristig gesichert werden könne. Man werbe EU-Fördermittel aus dem EFRE-Fonds ein. Gebe man Fördermittel in den investiven Bereich, dann werde von der EU erwartet, dass diese Mittel für einen längeren Zeitraum entsprechend verwendet werden. Der Landkreis Lüneburg trage das Theater Lüneburg in Form einer GmbH und wenn diese Mittel an eine GmbH geleistet werden, erscheinen die Mittel der EU wenig gesichert. Deshalb werde von den beiden Gesellschaftern erwartet, dass diese den Fortbestand des Theaters für einen gewissen Zeitraum garantieren. Mittlerweile wurde mit der NBank geklärt, dass die Bezeichnung „langfristig“ im Sinne dieses Förderbescheides einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren umfasse.

**KTA Fricke** äußert sich erfreut über die bundesweiten Vergleiche des Theaters Lüneburg mit Theater in entsprechender Größenordnung, welche ein Beleg dafür seien, dass „unser Theater spitze ist“. Die Auslastung im großen Theater betrage 78,7 %. Ein Viertel des Theaterbetriebes werde aus den Eintrittsgeldern der Zuschauer gespeist. Im Landesdurchschnitt sei dies 16,5 %, d.h. die öffentlichen Mittel die an andere Theater gehen seien wesentlich höher. Für jede verkaufte Theaterkarte müsse man aus öffentlichen Mitteln 57 Euro dazugeben. Landesdurchschnitt sei das Doppelte. Dies zeige, dass das Theater Lüneburg mit den wenigen Geldsummen sehr viel leiste.

Auch die Samtgemeinden/Gemeinden/Einheitsgemeinden und Städte haben die Wichtigkeit des Theaters für die Bewohnerinnen und Bewohner erkannt und beteiligen sich an der Theaterfinanzierung jährlich mit bis zu einem Euro pro Einwohner. Überregionale Berichte in den Zeitungen und bundesweite Kritiken in Fachzeitschriften bescheinigen die hochwertige Qualität des Theaters. Diese Leistungen seien auf Dauer nur möglich, wenn Mitarbeiter des Theaters sich an ihren Arbeitsstätten wohlfühlen und ihre Arbeit anerkannt werde. Räume, die dieses nicht ausstrahlen, beeinträchtigen auf jeden Fall auch die Einsatzbereitschaft und Lust am Spielen. Ähnliches gelte auch für die Zuschauer. Unbequeme Sitze, erdrückende Luft und unansehnliche Fußböden tragen nicht zum uneingeschränkten Erlebnis eines Theaterbesuchs bei. Aus diesen und anderen Gründen haben die Gesellschafter, die Theaterleute und

nicht zuletzt der Aufsichtsrat ein umfangreiches Programm zur Erneuerung und Verbesserung des Theaters aufgestellt mit einem Kostenvolumen von etwas mehr als 3 Millionen Euro. Diese zusätzlichen Summen können Gesellschafter und die Besucher nicht allein aufbringen. Sie müssen mit Förderung anderer hinterlegt werden. Deshalb habe die Theaterleitung am Ende des Jahres 2013 Anträge auf Förderung aus dem europäischen EFRE-Fond gestellt, was einer Förderung in Höhe von 75 % entspreche.

Die umfangreichen Arbeiten seien in drei Abschnitte aufgeteilt. Begonnen werden solle mit der energetischen Modernisierung der Dächer und Fassaden des Theatergebäudes. Danach sollen Bühnentechnik, Heizung und Lüftung sowie Renovierungsvorhaben im Haus umgesetzt werden. Sowohl diese Arbeiten als auch die beantragten Förderungen aus EFRE-Mittel verlangen eine langfristige Sicherung des Theaterbetriebes. Aus diesem Grunde sollen der Kreistag und anschließend die Hansestadt Lüneburg eine Erklärung hinsichtlich der Folgekosten abgeben und damit erklären, dass der Betrieb des Theaters Lüneburg langfristig gesichert sei.

Nachdem die Kostenbeteiligung des Landkreises in Höhe von 137.500 Euro bereits beschlossen worden sei, bittet KTA Fricke der Folgekostenerklärung gemäß Ziffer 3 des Beschlussvorschlages zuzustimmen.

**KTA Rehfeldt** meint, dass das Theater Lüneburg eine erfolgreich qualifizierte und hochwertige Kultureinrichtung sei. Investition in Bildung sei eine Investition in die Zukunft. Es bestehe kein Zweifel daran, dass auch die Gebäude erhalten und angemessen saniert werden müssen. Dies wirke sich nachhaltig auf die Attraktivität und auf das kulturelle Niveau des Landkreises Lüneburg aus. Die Fraktion Die Grünen unterstütze den Beschlussvorschlag.

**KTA Tiedemann** stellt heraus, dass die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion das Theater für wichtig erachte. Es würde sie interessieren, wie viele Besucher aus den umliegenden Landkreisen das Theater Lüneburg besuchen. Das Land Niedersachsen sollte das Theater Lüneburg mehr fördern. Das Defizit des Theaters war zum Jahresabschluss 30.06.2013 mit fast 78.000 Euro sehr hoch. Damit sei mehr als die Hälfte der Rücklagen aufgebraucht worden. Wenn das Theater seinen Betrieb einstellen müsste, so müsse man über 800.000 Euro aus den Gesellschafterbereichen finanzieren, wenn das Land Niedersachsen die Mittel nicht erhöhe. Sie bitte um Beachtung dieser Summen und der Verantwortung, die damit einhergehe.

**LR Nahrstedt** erläutert, dass der Landkreis derzeit Verhandlungen über die Finanzierung mit dem Land Niedersachsen führe. Es werde eine bessere finanzielle Unterstützung der kommunalen Theater gefordert und er sehe einer Erhöhung der finanziellen Mittel optimistisch entgegen. LR Nahrstedt betont, dass er immer hinter dem Theater Lüneburg stehen werde. Das Theater Lüneburg sei sehr gut besucht und er bitte um Zustimmung.

**KTA Plaschka** findet, dass das Theater eine positive Entwicklung genommen habe und außerordentlich beliebt sei. Das Theater Lüneburg sei als ein Drei-Sparten-Theater für eine Stadt wie Lüneburg etwas Besonderes und ein Theater für alle. Demnach gehöre es anständig renoviert und saniert.

Nach **KTA Jaschkes** Auffassung ist das Theater für den Landkreis Lüneburg ein „Aushängeschild“. Daher werde seine Fraktion zustimmen.

**KTA Dammann** erklärt, dass Kunst und Kultur einfach zum Landkreis Lüneburg dazugehören. Er sei froh, dass die Zukunft des Theaters durch diesen Beschluss gesichert sei.

**TOP-Nr. 13      Annahme von Spenden, Schenkungen und sonstigen  
Zuwendungen im Wert von über 2.000 Euro, die bis zum 27.01.2014  
angeboten worden sind  
Vorlage: 2014/031**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage 1 aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.

---

**TOP-Nr. 14      Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 21.10.2013 (Eingang:  
21.10.2013);  
Ausschreibung eines Schülerhaushaltes - Kinder und Jugendliche  
wirksam beteiligen.  
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 04.02.2014)  
Vorlage: 2013/262**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die 7 sich bewerbenden Schulen erhalten je 3.000 Euro im Haushaltsjahr 2014 – nach Genehmigung des Haushalts – zur Umsetzung des Schülerhaushalts.

Diskussionsverlauf:

**KTA Rowohlt** macht darauf aufmerksam, dass vom ursprünglichen Antrag im Schulausschuss abgewichen wurde, da nun sieben Schulen je 3.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommen. Die ursprüngliche Idee sei gewesen, einen Wettbewerb zwischen den bewerbenden Schulen durchzuführen und nur die vier Schulen mit dem besten Konzept mit 5.000 Euro zu belohnen. Dies konnte dieses Jahr nicht so erfolgen, da eine Ausschreibung stattfand, bevor die Bewertungskriterien feststanden. Er findet, dass 3.000 Euro eine akzeptable Geldmenge für jede der Schulen sei, mit der Projekte realisiert werden können. Er begrüßt es, dass auch Berufsbildende Schulen sich beworben haben und aufgenommen wurden, obwohl sie erst nicht mit angesprochen waren.

**KTA Plaschka** findet es sehr positiv, dass dem Anliegen ihrer Gruppe, den Schülerhaushalt auf 3.000 Euro zu begrenzen, gefolgt sei. Die sieben Schulen, die sich beworben haben, zeugen ihrer Meinung nach von großem Interesse seitens der Schüler und Schülerinnen sowie von den Schulen an dem Projekt. Außerdem sei sie sehr gespannt auf das Ergebnis der Evaluation nach der einjährigen Testphase.

**KTA Mertz** bringt eine Ergänzung in die Diskussion ein. Das Geld werde den Schulen nicht zur freien Verfügung gestellt, sondern sei für die Schülerinnen und Schüler gedacht. Ob Schüler oder Lehrer, alle können Vorschläge einbringen, sie müssen lediglich fünf Unterstützer haben. Im nächsten Schritt werden

die Vorschläge in der Schule ausgehängt und es erfolgt eine Abstimmung. Danach wird entschieden, welche Projekte wie umgesetzt werden.

**KTA Führinger** freut sich, dass man den Schülerinnen und Schülern einen eigenen Haushalt zur Verfügung stelle. Er sei auch für die Berücksichtigung aller sieben Schulen und somit stimme er dem geänderten Beschlussvorschlag zu.

**KTA Rehfeldt** plädiert für den Antrag, indem er zum Ausdruck bringt, dass junge Menschen in der Gesellschaft nur wenige Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Ideen haben. Im Rahmen des Schülerhaushaltes können auch zurückhaltende Schülerinnen und Schüler sich mit einbringen, was pädagogisch und für ihr Selbstbewusstsein sehr wertvoll sei. Der Schülerhaushalt sei seiner Meinung nach ein Weg in die richtige Richtung. Außerdem könnte das Verfahren dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Politik besser verstehen.

**KTA Gödecke** hebt hervor, dass es hier nicht um die verschiedenen Anträge gehe. Inhaltlich sei man einer Meinung. Bei diesem Punkt sei jede Schülerin, jeder Schüler und jede Schule, die teilnehme, ein Gewinner. Er schlage vor, im kommenden Jahr nicht ein Auswahlverfahren ausschließlich seitens des Kreistages und der Ausschüsse durchzuführen, das für KTA Gödecke einem Casting gleiche, sondern dass die Schulen aktiv am Auswahlverfahren teilnehmen können.

-5-

---

**TOP-Nr. 15      Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 02.12.2013  
(Eingang: 02.12.2013);  
Änderungsantrag der Gruppe SPD und Grüne vom 25.02.2014  
(Eingang: 25.02.2014);  
Resolution: Förderschulen mit Schwerpunkt  
Sprache/Sprachheilklassen in Niedersachsen nicht  
abschaffen/Wahlmöglichkeit für die Eltern erhalten  
(im Stand der 2. Aktualisierung vom 25.02.2014)  
Vorlage: 2013/291**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

Der Lüneburger Kreistag bittet die Landesregierung, dem Wunsch der Eltern auf Erhalt der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Sprache und der Sprachheilklassen so lange Rechnung zu tragen, bis die Regelschulen eine entsprechende sächliche Ausstattung aufweisen und eine fachspezifische Betreuung sichergestellt ist, die den bisherigen Standards entspricht.

Diskussionsverlauf:

**KTA Walter** bezeichnet Sprachheilklassen als Erfolgsmodell. Dort sei es möglich die Kinder individuell zu fördern um möglichst den Übergang in normale Schulen zu schaffen. Außerdem wollen die Eltern die Schulform beibehalten. Mit dem Änderungsantrag der Gruppe SPD und Grüne würden die Regelschulen

nicht die gleiche Ausstattung erhalten wie nun die Förderschulen. Sie bitte um Zustimmung zum Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion.

**KTA Gollers** sagt, der Landkreis Lüneburg müsse sich für die Inklusion einsetzen und sie vorantreiben. Die Fortbildung der Schulleiter und Lehrer sei auf einem guten Weg und müsse auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden. Es sollen optimale Voraussetzungen geschaffen werden, dies könne nicht von heute auf morgen passieren.

**KTA Gründel** stellt das Zieldenken der Inklusion heraus. Das Menschenrecht Inklusion müsse umgesetzt werden. Alle Schulen sollten so gestaltet werden, dass zukünftig Förderschulen nicht mehr notwendig seien. Der Antrag müsse also in die Zukunft formuliert sein, bis die Sicherstellung der Standards in den Schulen gesichert sei. Er bitte um Zustimmung zum Änderungsantrag der Gruppe, da dieser zielführender sei.

**KTA Plaschka** hebt hervor, dass der Elternwunsch im Mittelpunkt stehen müsse. Die beiden Anträge unterscheiden sich nur minimal. Die Gruppe FDP/Die Unabhängigen unterstütze den Änderungsantrag.

**KTA Diekmann-Kirks** erklärt, dass die CDU ihrer Meinung nach ein System belassen wolle, das nicht korrekt sei. Kinder lernen von Kindern, dabei müssen die Satzstellung und die Sprache der Kinder korrekt sein.

**KTA Tiedemann** betont noch einmal den langen Zeitraum, der für eine Umsetzung der Inklusion benötigt werde. Die Begriffe Inklusion sowie inklusive Schule müssen erst auf Landesebenen definiert und konkretisiert werden. Ihre Fraktion möchte, dass zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem sei die Beteiligung der Eltern sehr wichtig. Sie empfinde daher die Änderung des Antrages durch die Gruppe als Verschlechterung.

**KTA Aden-Meyer** erläutert, dass Wahlmöglichkeiten beinhaltet sein müssen und es Förderschwerpunkte in den Schulen geben müsse. Eine Schule müsse also beide Systeme enthalten, damit die Parallelsysteme abgeschafft werden können. Man müsse den Prozess vorantreiben, der sich langsam entwickeln soll, anstatt ihn zu stoppen. Daher gebe es durchaus einen Unterschied zwischen den beiden Anträgen.

**KTA Thielbörger** stellt fest, dass die Veränderung in den Köpfen der Menschen beginne. Inklusion benötige Zeit.

**KTA Stoll** kritisiert, dass der Antrag der Fraktion CDU/Bündnis 21 RRP Fraktion und die Änderung der Gruppe SPD und Grüne seiner Meinung nach dieselbe Aussage haben. Für sprachbehinderte Kinder gebe es viele Barrieren, wie z.B. ein hoher Anteil an Neben- oder Hintergrundgeräuschen. Bevor Inklusion umgesetzt werden könne, müssen die Klassenräume umgestaltet, die Klassengröße verringert und die Unterrichtsgestaltung auch an Kinder mit einer Behinderung angepasst werden. Seine Fraktion unterstütze den Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion. Die ständigen Änderungsanträge der Gruppe finde er nicht gut.

**KTA Kamp** betont, dass die beiden Anträge unterschiedlich seien. Er frage sich, warum es mit der Inklusion in Lüneburg nicht voran gehe. Möglicherweise liege dies an der fehlenden Akzeptanz für die modernen Kenntnisse der Pädagogik. Er möchte die Möglichkeiten für einen fließenden Übergang schaffen. Ein Wandel der Schulsysteme sei nicht von heute auf morgen zu erreichen.

**KTA Perschel** stellt richtig, dass seine Fraktion nicht gegen die Inklusion sei. Er meine, dass Kinder gerade am Anfang der Schulzeit ein gewisses Zeitfenster haben, in dem eine erfolgreiche Heilung von Sprachproblemen möglich sei. Dieses Zeitfenster müsse genutzt werden.

**KTA Dziuba-Busch** äußert, dass nicht jede Grundschule mit Spezialisten ausgestattet werden könne. Sie erinnere an die Meinung der Eltern, die für den Erhalt der Förderschulen seien.

**KTA Stange** bezieht sich auf die Wortbeiträge von KTA Perschel und KTA Dziuba-Busch. Diese setzen viel zu spät an. Die Sprachentwicklung bei Kindern sei mit vier Jahren abgeschlossen. Fachpersonal sei bereits da, nur noch nicht genug. Außerdem gebe es Kinder, die nie richtig sprechen lernen werden. Am Beispiel der Migranten erkenne man, wie schnell Kinder von Kindern die richtige Sprache lernen können.

**KTA Gödecke** kritisiert die Landesregierung, indem er die seiner Meinung nach suboptimale Umsetzung der Inklusion und ihre Maßstäbe hervorhebt. Das Wohl der Kinder müsse im Mittelpunkt stehen.

-5-

---

**TOP-Nr. 16      Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 28.02.14 (Eingang: 03.03.14);  
                         Änderungsantrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom  
                         13.03.2014 (Eingang: 17.03.2014);  
                         Zusammenarbeit mit dem ProAktivCenter  
                         Vorlage: 2014/062**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

**KTA Fricke** weist auf den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 17.03.2014 hin.

**KTA Perschel** erläutert den Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP zur Zusammenarbeit mit dem ProAktivCenter. Das Land Niedersachsen kürze die Fördermittel sehr stark. PACE bestehe aus 16 Personen, 11 davon seien Vollzeitstellen. Es werde eine hervorragende Arbeit geleistet. Seiner Fraktion wurde der Vorwurf gemacht, dass das Thema PACE bereits vor rund 11 Monaten beantragt und abgelehnt worden sei. Seine Fraktion möchte jedoch erreichen, dass es bei dem Finanzierungsproblem zu einer Entscheidung oder Ansatzlösung komme. Die Verwaltung werde gebeten, in Gesprächen zu bleiben.

**KTA Ziemer** merkt an, dass man bereits Gespräche führe. Sie erinnert an den Antrag der Gruppe SPD und Grüne zum ProAktivCenter, der im Kreistag am 29.04.2013 behandelt und beschlossen wurde (Vorlage Nr. 2013/092). Dazu zitiert sie den Antrag sowie den Wortbeitrag KTA Perschels aus dem Protokoll der Sitzung. Im Jugendhilfeausschuss am 21.10.2013 wurde ebenfalls über PACE berichtet und sie zitiert dazu das Protokoll. Daher sei der nun gestellte Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion entbehrlich.

**KTA Perschel** betont, dass es in diesem Antrag um mögliche alternative Wege der zukünftigen Zusammenarbeit gehe und es seiner Fraktion wichtig sei, an dem Thema festzuhalten.

**LR Nahrstedt** bedankt sich bei KTA Ziemer für die Erläuterungen und begründet, warum er für eine

Ablehnung des CDU/Bündnis 21 RRP-Antrages sei. Der letzte Antrag zu PACE wurde im Kreistag am 29.04.2013 einstimmig beschlossen und es sei noch kein Jahr seitdem vergangen. Im Fachausschuss wurde über den Sachstand berichtet. Der neue Antrag sei daher überflüssig, denn Gespräche laufen bereits.

**KTA Plaschka** dankt KTA Ziemer und LR Nahrstedt für die Ausführungen. Deshalb ziehe sie im Namen der Gruppe FDP/Die Unabhängigen den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag ihrer Gruppe zurück.

-5-

---

**TOP-Nr. 17      Antrag der Gruppe SPD und Grüne vom 01.03.14 (Eingang:  
03.03.14);  
Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Wolfes und  
Restmitteleinsatz aus dem Strukturentwicklungsfonds  
Vorlage: 2014/063**

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt:

1. Maßnahmen und Fragen im Zusammenhang mit der Wiedereinbürgerung des Wolfes in Kooperation mit der Jägerschaft Lüneburg, anderen Naturschutzverbänden und den Nutztierhaltern zu klären und die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren.  
**Abstimmungsergebnis:** einstimmig
2. Kosten für die Aufklärung und Schutzmaßnahmen sollen aus Restmitteln des Strukturentwicklungsfonds, Punkt „Sonstiges“ in Höhe von ca. 20.000 € gedeckt werden.  
**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich
3. Die Ergebnisse sind im „Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Agenda 21 u. Verbraucherschutz“ vorzustellen.  
**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Diskussionsverlauf:

**KTA Dr. Bonin** erläutert den Antrag der Gruppe SPD und Grüne. Das Thema Wolf müsse differenziert betrachtet werden. Es müsse zwischen Wölfen, die in artgerechten, großen Habitaten leben und äußerst selten Kontakt mit Menschen und ihren Nutz- und Haustieren haben, und Wölfen, die eng mit Menschen zusammen leben, mit ihnen Kontakt haben und von diesen indirekt oder direkt versorgt werden, unterschieden werden. Es gehe nicht nur um den guten Wolf, der bei der Wildbestandsregulierung helfe, oder nur um den bösen Wolf, der ein gefährlicher Räuber sei. Im Landkreis Lüneburg gebe es keine hinreichend optimalen Wolfshabitate mehr. Die relativ optimalen Truppenübungsplätze seien schon von Wolfsrudeln belegt. Da der Wolf in der Bundesrepublik nur das Auto als Feind habe, sei eine relativ schnell wachsende Population zu erwarten. Daher müsse der Wolf zwangsläufig auch auf weniger günstige Habitats ausweichen und damit erheblich öfter in Kontakt mit Mensch und Tier treten. Es sei sinnvoll, wenn ein vorsorgender und moderner Dienstleister wie der Landkreis Lüneburg sich aktuell und frühzeitig mit dem Thema Wolf eingehend befasse, bevor es zu Schäden komme, die man durch Maßnahmen und Aufklärung hätte vermeiden können.

**KTA Blume** zitiert zum Thema Wolf einen Kreistagsbeschluss von 01.09.1948 des damaligen Landkreises Neustadt am Rübenberge, indem der Kreistag dem Wolfsschützen für die Beseitigung des Wolfes danke. Angst, Wut und Erleichterung wurden damals deutlich. Die Zeiten haben sich geändert, heutzutage sei die Rückkehr des Wolfes begrüßenswert. In einem Land, das überwiegend dicht besiedelt und ausschließlich Kulturlandschaft sei und in einer Gesellschaft, die immer weniger direktes Naturerleben kenne und immer weniger Erfahrungen im Umgang mit Risiken und Gefahren habe, sei es nicht überraschend, dass Unsicherheit herrsche. Notwendig seien grundlegende politische Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene. Den Ziffern 1 und 3 des Beschlusses werde seine Fraktion zustimmen. Der Ziffer 2 werde die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion nicht zustimmen. Der Strukturentwicklungsfonds sei nicht das „Portemonnaie des Landrats“ und die Finanzierung sei eher eine Angelegenheit des Landes.

**KTA Mues** gibt bekannt, dass die Gruppe FDP/Die Unabhängigen dem Antrag zustimmt.

**KTA Stilke** fragt sich, was passieren werde, wenn die Wolfspopulation im Landkreis Lüneburg zunehme. Darüber müsse man reden. Er glaube nicht, dass es zu problematischen Rudelbildungen komme. Die jungen Wölfe verziehen sich nach zwei Jahren aus dem Bereich ihrer Eltern und suchen sich einen eigenen, großen Platz. Nach Auffassung des Wolfsbeauftragten, mit dem er ein Gespräch geführt habe, gebe es Platz für drei Rudel im Landkreis und mehr werden sich nicht ansiedeln. Dies bedeute nicht, dass einzelne Wölfe nicht in den einzelnen Ortschaften vorbeischauchen würden, um dann weiterzuziehen. Man habe die Idee, mit den Kommunen, der Jägerschaft, den Naturschutzverbänden und den Nutzitierhaltern zusammenzuarbeiten und entsprechendes Informationsmaterial herauszugeben, das von allen Kommunen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werde. Dazu brauche man entsprechende finanzielle Mittel.

**LR Nahrstedt** erläutert, dass bereits zwei umfangreiche Informationsveranstaltungen zum Thema Wolf durchgeführt wurden und der Andrang und das Interesse beide Male groß waren. Die Ängste der Menschen nehme er sehr ernst, denn der Landkreis Lüneburg trage die Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger aus Hansestadt und Landkreis. Daher sei die Zusammenarbeit aller Kommunen des Landkreises wichtig und notwendig. Er schätze, dass die Bingostiftung finanziell mit etwa 5.000 Euro aushelfen werde. Man dürfe nicht immer nur auf das Land verweisen.

**KTA Schulz-Hendel** plädiert für eine massive Unterstützung. Man habe kein Recht und es sei auch nicht richtig, dies allein dem Land zu überlassen. Der Ansatz des Landkreises, die Angelegenheit wieder in „normale Bahnen zu lenken“, sei gut, zu diesem Thema sei bereits stark polarisiert worden. Die Wolfsregion Lausitz sei ein Beispiel dafür, dass es durchaus gut funktionieren könne, wenn eine Region sich selbst der Sache annehme.

**KTA Gödecke** verdeutlicht, dass die Fraktion Die Unabhängigen den Antrag selbstverständlich unterstützen werde. Es sei im Gebiet Bleckede bereits ein Schaf gerissen worden und die Landwirte sorgen sich um ihr Vieh. Gerade die Ostregion, die mit dem Tourismus zusammenhänge, sei verunsichert. Aufklärung sei wichtiger denn je.

**KTA Hublitz** findet es gut, dass der Antrag gestellt wurde. Er könne erkennen, dass der Landrat bereits viel in der Angelegenheit geleistet habe und dies sei der richtige Weg. Der Wolf sei nicht nur in Amelinghausen, sondern auch im Gebiet Lübtheen gesichtet worden. Man müsse aufklären, was mit dem Wolf passieren solle. Er gebe jedoch zu bedenken, dass nicht jedes gerissene Tier ein Werk des Wolfes sei.

**KTA Plaschka** ist der Ansicht, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf Informationen haben. Der Wolf sei schneller als die zuständigen Behörden und der Gesetzgeber. Es müsse daher aufgeklärt und bürgernah kommuniziert werden.

**KTA Jaschke** teilt mit, dass auch die Fraktion DIE LINKE den Antrag unterstütze. Zäune seien ein Weg in

die richtige Richtung.

**KTA Kamp** bittet die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion auch um Zustimmung zu Ziffer 2. Es werde projektbezogen in den Ausschüssen verhandelt werden und die unter Ziffer 2 aufgeführten 20.000 Euro seien Verhandlungsbasis. Das Geld sei kein „Handgeld“, sondern werde zielgerichtet für Maßnahmen eingesetzt.

-61-

---

**TOP-Nr. 18      Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 03.03.14 (Eingang: 03.03.14);  
Erstellung eines Inklusionskonzeptes für den Landkreis Lüneburg  
als Schulträger-  
Aufstellung der Eckpunkte durch Einsatz einer Fachgruppe  
Vorlage: 2014/064**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

**KTA Walter** begründet den Antrag. Sie berichtet über den Vortrag von Herrn Dr. Holger Lindemann von der Universität Oldenburg, welcher im Schulausschuss am 30.01.2014 von dem wissenschaftlich begleiteten Projekt zur Einführung der Inklusion an den Schulen der Stadt Oldenburg berichtete. Die Fraktion CDU/Bündnis 21 RRP finde das Projekt sehr gut und man sollte sich überlegen, ob man nicht ein ähnliches Projekt umsetzen könne, das zum Landkreis Lüneburg passe. Die umfassende Herangehensweise der Stadt Oldenburg zeige, welche Möglichkeiten sich bieten. Sie bittet um Zustimmung zu dem Antrag ihrer Fraktion.

**KTA Mertz** wundert sich über den Antrag. Die Verwaltung arbeite bereits sehr intensiv an der Umsetzung der Inklusion. Es müsse individuell auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen und daran die Unterstützung ausgerichtet werden. Herr Dr. Lindemann habe einen sehr guten Vortrag gehalten. Soweit sie informiert sei, haben der Landrat und der Oberbürgermeister bereits einen Termin mit Herrn Prof. Dr. von Saldern, mit dem sie erste Gespräche führen. Sobald dieser seine Zustimmung zur Unterstützung gebe, werde der Schulgrundsatzausschuss tagen. Dies sei das Fachgremium zwischen Hansestadt und Landkreis Lüneburg. Sie vermisse in dem Antrag die Hansestadt Lüneburg, man müsse diese auch berücksichtigen. Das Ziel müsse eine gelebte Inklusion sein. Sie spricht sich für die Ablehnung des Antrages aus.

**KTA Tiedemann** teilt die Auffassung von KTA Mertz nicht. Es gehe nicht darum, inhaltlich pädagogische Konzepte zu erarbeiten, sondern den Bedarf zu ermitteln und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Der Landkreis habe die große Verantwortung, dass jedes Kind, insbesondere mit besonderem Förderbedarf die notwendigen Voraussetzungen erhalte. Da der Landkreis Lüneburg nicht flächendeckend die finanziellen Mittel habe, insgesamt alle Schulen so auszustatten, dass jedes förderbedürftige Kind bestmöglich gefördert werde, sei es dringend notwendig, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Sie

finde nicht, dass alle Beteiligten mitgenommen werden. Ihrer Ansicht nach habe die Mehrheitsgruppe das Konzept der Inklusion nicht verstanden. Der Antrag ihrer Fraktion sei absolut berechtigt.

**KTA Dieckmann-Kirks** widerspricht der Annahme, dass die Mehrheitsgruppe Inklusion nicht verstanden habe. Inklusion bedeute, dass man das System Schule an das Kind anpasse, nicht das Kind an das System Schule. Die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion wolle ihrer Ansicht nach den Weg in eine separierende Gesellschaft fortschreiben und das möchte die Mehrheitsgruppe nicht.

**KTA Kamp** fügt hinzu, dass die Verwaltung durchaus die nächsten Schritte der Inklusionsumsetzung geplant habe und er teile die Auffassung von KTA Mertz. Der Oberbürgermeister und der Landrat seien in der Sache aktiv und alle Forderungen werden verwaltungsseitig bereits umgesetzt. Den Antrag der Fraktion CDU/Bündnis 21 RRP könne er nicht nachvollziehen, denn seiner Meinung nach müssen Anträge „nach vorne“ gerichtet sein und neue Ideen aufgreifen. Er bitte um Zurückziehung des Antrages.

**KTA Blume** meldet sich zu Wort und verkündet, dass der Antrag nicht zurückgezogen werde.

**KTA Walter** ergänzt und weist darauf hin, dass die Hansestadt Lüneburg in dem Antrag erwähnt werde. Es so darzustellen, als wenn ihre Fraktion separieren wolle, sei eine Abweichung vom Thema. Es gehe nur um die Herangehensweise, niemand möchte separieren, dies betone sie.

**LR Nahrstedt** betont, dass es ein Antrag nicht erforderlich sei, damit die Verwaltung die Umsetzung der Inklusion voranbringe. Es müsse kein neues Gremium einberufen werden, es gebe den Schulgrundsatzausschuss von Hansestadt und Landkreis Lüneburg mit Gemeindevertretern, der eingeschaltet werde. Der Antrag sei überflüssig und die Ablehnung sei richtig.

-5-

---

**TOP-Nr. 19      Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion vom 03.03.14 (Eingang:  
03.03.14);  
Schulentwicklungskonzept für den Landkreis Lüneburg  
Vorlage: 2014/065**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

**KTA Walter** begründet den Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion. Bereits 2012 habe die Fraktion in einem Antrag für ein dringend notwendiges Schulentwicklungskonzept plädiert. Seit 2008 seien sehr viele Veränderungen eingetreten, es wurden zwei neue Gesamtschulen gegründet, es kam zu demographischen Entwicklung und zur Inklusion. Man habe bereits zwei Jahre verloren und ihre Fraktion stelle diesen Antrag bewusst, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Sie bittet daher um breite Zustimmung.

**KTA Mertz** widerspricht KTA Walter. Man habe der Verwaltung zunächst einen Auftrag erteilt, um zu prüfen, ob die Verwaltung selbst das Schulgutachten überarbeiten könne, um festzustellen, ob dies ausreiche oder ein Auftrag zur Überarbeitung des Gutachtens vergeben werden müsse. Damit würden

allerdings hohe Kosten einhergehen, die man gerne vermeiden würde. Soweit sie informiert sei, arbeite die Verwaltung bereits an der Umsetzung. Sie empfehle daher Ablehnung.

**KTA Stilke** schließt nicht aus, dass man nach etwa einem halben Jahr dem Antrag zustimmen könnte. Zunächst müsse man jedoch die Diskussionen um G8 und G9 abwarten. Solange sich dies noch im Gesetzgebungsverfahren befinde und noch nicht entschieden sei, wisse man nicht, was an den Schulen notwendig sein werde. Es müssten zunächst die Inklusionsrichtlinien von der Landesregierung ausgearbeitet werden. Wenn die Verwaltung mit der Fortschreibung des Schulentwicklungskonzepts nicht zurechtkomme und externe Unterstützung notwendig werde, könne man neu darüber sprechen. Erst wenn sich die Situation ändere, könne daher eine Abstimmung erfolgen. Wenn der Antrag nicht zurückgezogen werde, werde ihn die Gruppe SPD und Grüne ablehnen.

**KTA Dziuba-Busch** ist auch nicht dafür, immer neue Konzepte zu fordern. In dem alten Schulentwicklungskonzept wurde jedoch noch nicht bedacht, wie man die Sprachheilklassen im Rahmen der Inklusion integrieren wolle. Insofern gehe es darum, etwas Neues für die Zukunft zu entwickeln. Der Zeitpunkt für solch ein neues Konzept sei günstig.

**LR Nahrstedt** zitiert das Protokoll des Schulausschusses vom 25.02.2014 zu TOP 5: „Im Verlaufe der Aussprache wird die Verwaltung gebeten, gesondert zu der Frage Stellung zu nehmen, ob das Schulentwicklungsgutachten aus dem Jahre 2008 vor dem Hintergrund der stattgefundenen Entwicklung aktualisiert werden müsse.“ Er könne nicht nachvollziehen, dass nach der Diskussion im Fachausschuss drei Wochen später ein Antrag zum selben Thema gestellt werde. Die Verwaltung arbeite bereits daran und er bitte darum, den Antrag zurückzuziehen.

-5-

---

## **TOP-Nr. 20 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten**

---

### **TOP-Nr. 20.1 Haushalt 2014**

**LR Nahrstedt** berichtet, dass das Niedersächsische Innenministerium den Haushalt 2014 des Landkreises Lüneburg uneingeschränkt genehmigt habe. Der Haushalt könne somit wie geplant umgesetzt werden. Da der Landkreis einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt und auch die übrigen Vorgaben aus dem Zukunftsvertrag erfüllt habe, konnte die uneingeschränkte Genehmigung erfolgen.

-10-

---

### **TOP-Nr. 20.2 Hochwasser; Zusammenarbeit mit dem Landeskommmando Niedersachsen der Bundeswehr**

**LR Nahrstedt** berichtet über ein Gespräch mit Oberst Iben vom Landeskommmando Niedersachsen. Danach umfasse das Landeskommmando in Niedersachsen auch das Amt Neuhaus. Sollte es zu einem Hochwasser kommen, werde man militärisch dem Ostufer weiterhin die Soldaten und das Material zuführen. Anders sei dies nicht machbar. Der Landkreis Lüneburg werde aber mit dem Kreisverbindungskommmando Ludwigslust zusammenarbeiten. Das sei eine Lösung, mit der könne der Landkreis Lüneburg sich gut arrangieren. Das

Kreisverbindungskommando werde für künftige Einsätze ein Team gründen, was sich im Katastrophenfall mit dem Kreisverbindungskommando Ludwigslust zusammenschließen und zum Schutz des Ostufers eingesetzt werde. Hierüber werden noch Gespräche mit dem Landeskommando Mecklenburg-Vorpommern geführt. Außerdem sei vorgesehen, dies mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim und seinem Kreisverbindungskommando und auch dem Militär des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern einmal gemeinsam zu üben. Es sei eine neue Situation, dass zwei Kreisverbindungskommandos zusammenarbeiten.

---

## **TOP-Nr. 21      Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

---

## **TOP-Nr. 22      Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3) Geschäftsordnung**

---

### **TOP-Nr. 22.1    Hochwasser**

**KTA Hublitz** stellt eine Frage zum Hochwasser. Im Elbevorland von Alt Garge hänge ein herausgerissener Baum mit seinen Wurzeln im Buschwerk fest. Beim nächsten Hochwasser werde sich dieser Baum mit Sicherheit bewegen und dies sei nicht gut. Das Problem sei, dass man das Winterhalbjahr versäumt habe, in der man diesen Baum einfach hätte beseitigen können, jetzt fangen die Vögel an zu brüten. Er möchte wissen, wie man mit diesem Gefährdungstatbestand umgehen könne.

**LR Nahrstedt** bedankt sich für den Hinweis. Er werde prüfen, wer für die Beseitigung zuständig sei und dies weitergeben.

---

Leider konnte die genaue Lage des erwähnten Baumes von KTA Hublitz nicht bestimmt werden. Deshalb kann die Anfrage nur pauschal wie folgt beantwortet werden:

Zuständig für eine Beseitigung wäre der jeweilige Grundstückseigentümer.

Allerdings stelle nicht jeder umgefallene Baum im Deichvorland zwangsläufig ein Problem dar. Es werde jeweils geprüft, ob sich daraus eine Gefährdung für die Deichsicherheit ergibt bzw. ergeben könnte. Dabei sei eine Abwägung mit den Belangen des Naturschutzes, zumal im Gebietsteil C des Biosphärenreservatsgebietes, erforderlich. So sei bei einer Abwägung u. a. die derzeitige Vogelbrutzeit mit zu berücksichtigen.

Die Prüfung erfolge durch die untere Deich- und Wasserbehörde des Landkreises. Bei einer akuten Gefahr werde der Grundstückseigentümer aufgefordert, den Baum umgehend aus dem Deichvorland zu entfernen. Sofern keine akute Gefahr für die Deichsicherheit erkennbar sei, wäre ein solcher Baum entweder nach der Vogelbrutzeit oder aber im Winterhalbjahr zu entfernen. Sofern keine Gefahr für die Deichsicherheit erkennbar sein sollte, wäre nichts zu veranlassen.

## **TOP-Nr. 22.2 Breitbandversorgung**

**KTA Heuer** fragt zum Thema Breitbandversorgung nach dem neuesten Sachstand.

**LR Nahrstedt** antwortet, dass bisher geplant war, mit dem Breitbandkabel bis in die Häuser hineinzugehen. Man müsse jedoch noch eine Kostenschätzung durchführen, wie es wäre, wenn man nur bis zu den Kabelverzweigern ginge und von da weiterhin die Kupferkabel belasse. Zusammen mit EKR Krumböhrer sei er letzte Woche zu einem Gespräch in Wolfenbüttel gewesen. Die von dort zur Verfügung gestellten Unterlagen arbeite man derzeit durch. Die Daten liegen noch nicht vor. Sobald diese zur Verfügung stehen, werde die Verwaltung dies dem Kreistag und den Hauptverwaltungsbeamten bekannt geben. LR Nahrstedt ist der Ansicht, dass der Landkreis Lüneburg allein aus Kostengründen diesen Weg gehen sollte. Der Vortrag in Wolfenbüttel habe ihn sehr optimistisch gestimmt. Mittlerweile gebe es Programme, um Kupferkabel noch besser und stärker zu machen. Nach Durcharbeitung und Prüfung werde die Verwaltung wieder über den Sachstand berichten.

-01.50-

---

**TOP-Nr. 23 Nichtöffentlich**

---

**TOP-Nr. 24 Nichtöffentlich**

---

**TOP-Nr. 25 Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes  
Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in  
nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung  
der Sitzung**

**Vors. Fricke** schließt die Sitzung um 17.15 Uhr.

---